



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 26.05.2020
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 21:27 Uhr
Ort, Raum: großer Saal des Veranstaltungszentrums B4

Anwesend:

Bürgermeister:

Herr Mag. Thomas Öfner

Schriftführer:

Herr DI Mag. Marco Di Luca

Ordentliche Mitglieder:

Frau Iris Zangerl-Walser

Frau Victoria Rausch

Herr Andreas Albrecht, BSc

Herr Josef Baumann

Herr Wolfgang Graf

Herr Josef Gspan

Herr Georg Kapferer

Herr Lukas Kaufmann

Herr Ing. Dr. Karl Neurauter

Frau Iris Pichler, BEd

Herr Peter Pichler

Herr Arch. Dipl.-Ing. Rainer Schöpf

Herr Alfred Stecher

Herr Walter Stippler

Herr Hermann Stolze

Von der Verwaltung:

Herr Josef Gritsch

Frau Alexandra Riml

Finanzverwaltung

Finanzverwaltung

Ersatzmitglieder:

Herr DI (FH) Wolfgang Penz

Herr Ing. Franz Reinhart

Frau Mag. Anna Rieder

Herr Erich Steffan

Ersatz für GR Plattner

Ersatz für GR Gobes

Ersatz für GR Prantl

anwesend für Rechnungsabschluss

Abwesend:

Ordentliche Mitglieder:

Herr Thomas Gobes

Frau Marion Plattner

Frau Viktoria Prantl

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Genehmigung der Niederschrift
- 3 Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit
- 4 Bericht des Bürgermeisters
- 5 Beratung und Beschlussfassung der Jahresrechnung 2019
Vorlage: FIN/147/2020
- 6 Beratung und Beschlussfassung Änderung Zweckwidmung Erlöse Zirler Wiesen
Vorlage: FIN/150/2020
- 7 Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Kontokorrentkredites
Vorlage: FIN/148/2020
- 8 Beratung und Beschlussfassung über Stundungsanträge von Darlehen
Vorlage: FIN/149/2020
- 9 Anträge, Anfragen und Allfälliges (im öffentlichen Teil)

Nicht öffentlicher Teil

- 10 Anträge, Anfragen und Allfälliges (im vertraulichen Teil)

Öffentlicher Teil

zu 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bericht:

Bgm Öfner begrüßt die Mitglieder des Gemeinderates und stellt mit 19 anwesenden Mitgliedern die Beschlussfähigkeit fest.

Entschuldigt sind die Gemeinderäte Plattner, Prantl und Gobes.
Sie werden durch die Ersatzgemeinderäte Ersatz-GR Penz, Rieder und Reinhart vertreten.

Bgm Öfner begrüßt die anwesenden Zuhörer und den Pressevertreter.
Weiters werden J. Gritsch und A. Riml als Finanzverwalter begrüßt, welche insbesondere zum Tagesordnungspunkt 5 an der heutigen Sitzung teilnehmen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Bericht:

Die Niederschrift der Sitzung vom 19.05.2020 wurde den Mitgliedern des Gemeinderates gestern als Vorab-Information übermittelt. Sie muss erst noch unterschrieben werden.

Bgm Öfner fragt um Wortmeldungen zur Niederschrift. Sie sollte jedoch erst in der nächsten Sitzung genehmigt werden. Damit hat jeder ausreichend Zeit sie durchzulesen.

Bgm Öfner bedankt sich für die Protokollierung.

zu 3 Genehmigung der Tagesordnung – Beschlussfassung zum Ausschluss der Öffentlichkeit

Bericht:

Bgm Öfner erklärt, den Tagesordnungspunkt 10 im vertraulichen Teil behandeln zu wollen.
Der Tagesordnungspunkt 10 wird im vertraulichen Teil behandelt.

Diskussion:

Keine Wortmeldungen!

Antrag + Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt 10 wird im vertraulichen Teil behandelt.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	0
-----	----	-------	---	-------------	---

zu 4 Bericht des Bürgermeisters

Bericht:

Bgm Öffner erklärt, dass es diesmal nur einen kurzen Bericht geben wird.

- Die Arbeiten zum Wasserschaden im Trauungssaal sind abgeschlossen. Der Saal kann für Hochzeiten wieder verwendet werden.
- Weiters macht Bgm Öffner allgemeine Anmerkungen zur letzten Sitzung:
Einem angesprochenen Covid-19 Kredit stehen die §§ 82, 84 der Tiroler Gemeindeordnung entgegen. Solche Pauschalkredite können nur für konkrete Vorhaben in Anspruch genommen werden.
Neu ist jedoch, wie gestern in der Pressekonferenz des Bundeskanzlers angesprochen, dass es weitere Hilfspakete für Gemeinden gibt. Es wurde dabei eine Beispielgemeinde mit 7.000 Einwohnern genannt, welche bis zu 700.000 € abholen kann. Dieses Geld ist immer an Investitionsvorhaben geknüpft. Das Paket soll mehr als 1,5 Jahre gültig sein. Dazu gab es einen Brief vom Landeshauptmann an die Gemeinden, welcher morgen an die Gemeinderäte verschickt werden kann.
Bgm Öffner verliest Teile aus dem Brief des Landeshauptmannes.
In der letzten Sitzung waren Investitionen ein wichtiges Thema, weil diese aufrecht gehalten werden sollen.
Auch bei der Pressekonferenz vom Bundeskanzler u.a. haben alle in die selbe Richtung argumentiert. Auch Gemeindebundpräsident Riedl sagte, dass die Gemeinden ein wichtiger Investor sind.

zu 5 Beratung und Beschlussfassung der Jahresrechnung 2019 Vorlage: FIN/147/2020

Bericht:

Bgm. Mag. Thomas Öffner berichtet, dass der Entwurf der Jahresrechnung nach der Vorprüfung durch den Überprüfungsausschuss zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegt wurde.

Danke dem Überprüfungsausschuss für die Vorprüfung. Obmann GR Karl Neurauder wird dann sicher auch noch was dazu sagen. Das Protokoll zur Überprüfungsausschusssitzung vom 3.3.2020 darf als bekannt vorausgesetzt werden.

Der ordentliche Haushalt konnte knapp positiv mit einem Überschuss von **Euro 5.304,43** abgeschlossen werden. Beim außerordentlichen Haushalt muss ein Minus von **Euro 867.451,00** ausgewiesen werden. Dies resultiert im Wesentlichen daraus, dass die Projekte Zirler Wiesen, Radwegbrücke und Breitbandausbau nicht abgeschlossen sind.

Auch wenn die drei eben genannten Projekte nicht abgeschlossen sind, stellen sie dennoch Meilensteine für die weitere Entwicklung unserer Marktgemeinde dar.

Zirler Wiesen

- Im Gewerbegebiet Zirler Wiesen wurde 2019 ein Darlehen, nach dem Verkauf eines gemeindeeigenen Grundstückes, durch eine Sondertilgung in Höhe von EUR 700.000,- vorzeitig zurückgezahlt.
- Im Gewerbegebiet Zirler Wiesen wird die Firma Swietelsky noch 2020 ihr Bürogebäude besiedeln und damit Kommunalsteuer in die Gemeindekasse spülen.
- Nach heutigem Wissensstand werden mit den Firmen Dürr Dental, Ploberger und KUFGEEM zumindest drei weitere Firmen 2020 mit dem Bau ihrer Betriebsgebäude beginnen.

- Mit der Firma Larcher Bau können wir zudem eine weitere Firma als NEUEN Investor im Gewerbegebiet begrüßen.

Radwegbrücke im Osten von Zirl

- Die Radwegbrücke bindet die Marktgemeinde Zirl an den Innradweg und die Nachbargemeinden an.
- Dieses Projekt ruft weit über unsere Grenzen hinaus in Fachkreisen, bei der Radbegeisterten Bevölkerung und damit auch in den Medien positives Echo hervor.

Breitbandausbau

- Wir gehören, trotz begrenzter Mittel, zu jenen Gemeinden, die den Breitbandausbau konsequent vorantreiben.
- Schnelles Internet und Digitalisierung sind damit in unserer Gemeinde immer mehr konkrete Realität und nicht nur ein Schlagwort.

Die heute ebenfalls mit der Jahresrechnung zu beschließenden **Ausgabenüberschreitungen** wurden für die bessere Übersicht den Unterlagen als eigene Beilage hinzugefügt.

Die Überschreitungen betreffen im Wesentlichen laufende Ausgaben, insbesondere betrifft ein großer Teil Personalkosten.

Wie jedes Jahr ist zum Zeitpunkt der Budgeterstellung das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen und damit die notwendige Erhöhung der Personalkosten nicht bekannt. Man müsste mehr Reserve einplanen, was auf Grund der sehr geringen freien Mittel sehr schwierig ist.

Gesamtsummen der Jahresrechnung 2019

	Ord. Haushalt	AO-Haushalt	Gesamt
Einnahmen	21.052.186,76	4.192.372,77	25.244.559,53
Ausgaben	<u>21.046.882,33</u>	<u>5.059.823,77</u>	<u>26.106.706,10</u>
Jahresergebnis:	5.304,43	-867.451,00	-862.146,57

Bgm Öfner bittet 1. VBgm Zangerl-Walser den Vorsitz zu übernehmen und die Diskussion zu führen. Dies ist laut Tiroler Gemeindeordnung so vorgesehen. Bgm Öfner verliert die Bestimmung aus der TGO.

Diskussion:

1. VBgm Zangerl-Walser übernimmt den Vorsitz und fragt, ob es Fragen gibt.

GR Neurauder erklärt, dass der Rechnungsabschluss zur Auflage auch vom Überprüfungsabschluss freigegeben wurde. Dann kam die Coronakrise dazwischen, er wurde nochmal aufgelegt, damit jeder Einblick nehmen kann.

Weiters spricht er die Überschreitungsliste an. Im gesamten Jahr handelt es sich um einen Betrag von 2,1 Mio. Euro. Im November 2019 wurden schon ca. 900.000 € beschlossen, die Differenz liegt jetzt zur Beschlussfassung vor. Die meisten Überschreitungen stammen aus dem Personalbereich.

Das Jahresergebnis ist wichtig für die Tilgungen der Darlehen. 2019 ist es gelungen die Darlehen um ca. 500.000 € zu reduzieren. Im Jahr 2019 beträgt der Verschuldungsgrad 68,74 %. Die gesamten Personalkosten, die im Budget nicht gedeckt waren, stellen eine Erhöhung von ca. 6 % zum vergangenen Jahr dar.

Immer wieder Thema sind die Mehreinnahmen durch das Gewerbegebiet. Ursprünglich sollten diese zur Sondertilgung des Kredites verwendet werden. Das konnte im Rechnungsabschluss nicht festgehalten werden, dass es so gemacht wurde. Ein paar andere Dinge sind noch hinzugekommen.

So hat der Rechnungsabschluss seine Vollständigkeit. Über manche Dinge kann man noch diskutieren.

Zum Beispiel über die Radwegbrücke, da wurde vom Land die Vorfinanzierung versprochen, das Geld ist nicht gekommen, man weiß nicht wie es heuer ist.

Bgm Öffner erklärt, dass die Abrechnung in mehreren Punkten offen ist, wie etwa mit den Umlandgemeinden. Aber es geht auch um Kosten von Begleitmaßnahmen, die bisher nicht bekannt waren. Noch vor der Covid-Krise war ein Termin vereinbart, dieser ist verschoben worden und muss neu vereinbart werden. Da ist noch einiges offen.

In Bezug auf GAF-Mittel erklärt J. Gritsch, dass alle die nicht ausbezahlt wurden, wurde vom Land zugesichert, dass sie verschoben werden. Wo Projekte umgesetzt wurden, sind Bedarfszuweisungen geflossen. Dort wo nicht umgesetzt wurde, gibt es die Zusicherung, dass sie verschoben werden.

2. VBgm Rausch fragt nach dem Gewerbegebiet, welches zum Teil abgerechnet ist, aber die Darlehen nicht vollständig getilgt sind und dass im AO-Haushalt was fehlt.

Bgm Öffner antwortet, dass grundsätzlich durch Verkauf der Grundstücke ein Darlehen vorzeitig getilgt wurde. Für ihn und die Finanzverwaltung ist das eine Darstellungsthematik. Gelder sind ordnungsgemäß verwendet worden.

J. Gritsch ergänzt, dass immer alles, jede Buchung, nachvollziehbar sein wird, auch in ein paar Jahren. Beim Gewerbegebiet geht es um mehrere Punkte. Zum Teil sind geplante Erschließungsarbeiten noch nicht abgeschlossen. Ursprünglich war 2019 geplant drei Grundstücke zu verkaufen, was nicht gelungen ist.

Derzeit gibt es ein Minus von 430.000 €, weil ein Grundstück noch nicht verkauft ist. Wenn alles abgeschlossen ist, ist es wichtig, das darzustellen. Dann sieht man wie es ist.

GR Neuraüter sagt, dass ein Überschuss aus den Anschlussgebühren resultiert. Diese waren mit Gemeinderatsbeschluss für AO-Haushalt reserviert. Dann müsste man die Finanzierung anders aufbringen, es macht in etwa 200.000 € aus. Alles was darüber ist, sollte im AO-Haushalt verwendet werden.

J. Gritsch erklärt, dass derzeit 430.000€ fehlen, also nicht zu viel. Wenn man es anders darstellen will, müsste man eine Änderung beschließen und gleichzeitig die Bedeckung dazu ändern. Im Gewerbegebiet ist noch vieles offen, entscheidend ist die Endabrechnung.

Bgm Öffner sagt, dass nicht nur die Einnahmen/Ausgaben zu betrachten sind. Eine geplante Einnahme, der Verkauf eines Grundstückes ist auch noch nicht drauf, weil dies heuer der Fall sein wird. Daher ist eine Gesamtbetrachtung wichtig.

GR Neuraüter betont, dass eine Darstellung gut ist, die zeigt, wo das Geld hingehört. Wenn ein Grundstück verkauft wird, dann soll es so dargestellt werden, dass das Geld dem AO-Haushalt zugeführt wird.

J. Gritsch erklärt, dass man es anders darstellen hätte können. Ein Darlehen von ca. 700.000 € wurde zur Gänze getilgt. Wirklich endgültig kann man es mit der Endabrechnung darstellen. Man hätte diese 700.000 € Tilgung auch anders darstellen können.

Bgm Öffner sagt, zur Darstellung gibt es unterschiedliche Meinungen, es gibt nicht mehr viel dazu zu sagen.

2. VBgm Rausch erkundigt sich, welcher Grundstücksverkauf letztes Jahr geplant gewesen war.

Bgm Öffner antwortet, dass es die Fläche mit der internen Bezeichnung „F1“ ist. Das wäre letztes Jahr geplant gewesen. Wird aber demnächst im Gemeinderat beraten werden.

GR Graf fragt wie das Minus von ca. 800.000 € finanziert wird.

J. Gritsch antwortet, dass ca. 430.000 € aus dem Gewerbegebiet geplant sind. Zum einen dann die Radwegbrücke diese Förderung ist nie gekommen, daher muss man sie auch nicht zurückzahlen ans Land. Und auch beim Breitband, das ist auch noch offen bis das Geld kommt. Damit soll das finanziert werden.

GR Neurauder spricht auch an, dass die Situation bei den Einnahmen im Wasser-Abwasserbereich anders sein sollte. Es soll versucht werden, diese Einnahmen zweckgewidmet zu verwenden und nicht für andere Dinge.

Im Jahr sind das ca. 550.000 €, in den letzten 6 Jahren ca. 1,2 Mio. Euro an Mehreinnahmen. Da soll man genauer hinschauen wofür das Geld verwendet wird.

J. Gritsch erklärt, dass der Rechnungsabschluss 2019 der letzte kameralistische Rechnungsabschluss ist, danach kommt die doppelte Buchhaltung. Da gibt es die Abschreibung. Im Wasserbereich wird viel investiert. Da kann man viel abschreiben. Bei Abwasser sind der größte Teil Investitionen, die der Abwasserverband macht. Diese Investitionen sind um 1 Jahr verschoben, daher ist ein größerer Bereich dort ausgewiesen.

GR Neurauder schlägt vor, dass das als Rücklage gestellt werden sollte, damit es dann zur Verfügung ist.

Irgendwann sollte das zweckgebunden verwendet werden. Zum Teil zum Abwasserverband. Oder als Rücklage zur Seite stellen und dann für andere Dinge verwenden.

J. Gritsch erklärt, dass es bei 5.000 € Überschuss schwierig ist Rücklagen zu bilden.

GR Neurauder denkt, dass sollte im Vorfeld so betrachtet werden, dass es dann gemacht werden kann.

1. VBgm Zangerl-Walser fragt in Bezug auf die Ausgabenüberschreitung, warum am 7.11.2019 im Gemeinderat ein Betrag von ca. 889.000 € genehmigt wurde und in der aktuellen Auflistung ein Betrag von 914.796,79 € zu finden ist. Und wenn dieser Betrag höher ist, warum der Gemeinderat nicht informiert wurde.

J. Gritsch antwortet, dass es wahrscheinlich ein Betrag sein wird, den der Gemeinderat in einem anderen Zusammenhang genehmigt hat. Er bittet solche Fragen vorher zu stellen. Auswendig kann er dies nicht beantworten. Es kann aber nachgeliefert werden.

Ansonsten gibt es keine weiteren Fragen.

Bgm Öfner, J. Gritsch und A. Riml verlassen um 19:45 Uhr den Saal. Das Mandat von Bgm Öfner wird durch Erich Steffan ausgeübt und dieser setzt sich an den Gemeinderatstisch.

Die Vorsitzende 1. VBgm Zangerl-Walser erkundigt sich nach Fragen.

GR Neurauder möchte nochmals bekräftigen. Die Gebühren von Gemeindebürger sollten fair dargestellt werden. Man sollte es richtig darstellen und im nächsten Jahr so handeln, dass das Geld dann zur Verfügung steht.

Ansonsten gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Es wird abgestimmt.

Antrag + Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Rechnungsabschluss und die Entlastung für das Jahr 2019 mit den folgenden Zahlen:

Gesamtsummen der Jahresrechnung 2019

	Ord. Haushalt	AO-Haushalt	Gesamt
Einnahmen	21.052.186,76	4.192.372,77	25.244.559,53
Ausgaben	<u>21.046.882,33</u>	<u>5.059.823,77</u>	<u>26.106.706,10</u>
Jahresergebnis:	5.304,43	-867.451,00	-862.146,57

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	11	Nein:	8	Enthaltung:	0
-----	----	-------	---	-------------	---

1. VBgm Zangerl-Walser bittet Bgm Öfner, J. Gritsch und A. Riml um 19:53 Uhr wieder in den Saal und berichtet über die Entlastung für das Jahr 2019. Sie übergibt den Vorsitz wieder an Bgm Öfner und gratuliert zur Entlastung.

Bgm Öfner bedankt sich bei allen die zugestimmt haben und auch bei J. Gritsch, welcher zum letzten Mal den Rechnungsabschluss gemacht hat.

Im Sommer wird er in den Ruhestand gehen, nach 30 Jahren im Dienst. Er hat in all den Jahren die Finanzen der Marktgemeinde Zirl tadellos geführt. Vielen Dank Josef. Weiters bedankt er sich auch im Namen des gesamten Gemeinderates bei J. Gritsch und gratuliert zur Entlastung.

**zu 6 Beratung und Beschlussfassung Änderung Zweckwidmung Erlöse Zirler Wiesen
Vorlage: FIN/150/2020**

Bericht:

Bgm Öfner berichtet, dass es diesbezüglich wie von GR Neuraüter bereits angesprochen, einen Gemeinderatsbeschluss gibt. Sinnvoll wäre diese Zweckwidmung aufzuheben.

Bei Verkäufen ist immer zu überlegen, ob der Erlös zweckzuwidmen ist.

Sein Vorschlag wäre daher den Beschluss aufzuheben.

Bgm Öfner berichtet vom Aktenvermerk der Abt. Finanzverwaltung, A. Riml.

In der Gemeinderatssitzung vom 28.03.2019 wurde unter Tagesordnungspunkt 8 wie folgt beschlossen:

Die Erschließungsbeiträge (Erschließung, Wasser, Kanal) aus dem Gewerbegebiet Zirler Wiesen und die Einnahmen aus Grundverkäufen im Gewerbegebiet soweit sie nicht schon im Budget verplant sind, sind zweckgebunden für Zinsen und Tilgung betreffend das Darlehen, Erschließung Gewerbegebiet Zirler Wiesen zu verwenden.

Aufgrund der erwarteten Mindereinnahmen wegen der COVID-19 Pandemie wird angeregt, darüber zu beraten und zu entscheiden, ob sich der Gemeinderat die Möglichkeit schaffen möchte die oben angeführte Zweckwidmung aufzuheben und selber darüber zu entscheiden wie eventuelle Mehreinnahmen verwendet werden sollen.

Diskussion:

GR Gspan erklärt, dass die Zweckwidmung schon länger Thema war, auch beim letzten Mal. Derzeit sieht er keine Notwendigkeit diesen Beschluss aufzuheben.

Sie sind eher dafür, dass es derzeit so belassen werden soll und dann im Herbst, im September geschaut werden soll wie sich die Coronakrise weiter ausgewirkt hat.

GR P. Pichler sieht das etwas anders. Er findet es nicht gut diese selbstaufgelegte Beschränkung beizubehalten.

2. VBgm Rausch findet es im Sinne der Transparenz wichtig, dass man sich an solche Beschlüsse halten soll. Jetzt vorzeitig den Beschluss aufheben, wäre nicht das richtige Zeichen.

GR P. Pichler findet, dass es im Moment eine besondere Situation ist, das war nicht absehbar damals.

Bgm Öfner sieht das gleich. Es werden Grundstücke verkauft. Drei Unternehmen wollen bauen. Über kurz oder lang wird man sich überlegen müssen, ob der Beschluss aufzuheben ist, wird man sehen wie sich die Situation weiterentwickelt.

GR Gspan findet, dass es derzeit noch zu früh ist, es sollte besser im Herbst geschaut werden, wie es sich entwickelt und dann nochmal beraten werden.

Bgm Öffner sieht im Moment keine Mehrheit und fragt ob abgestimmt oder vertagt werden soll. GR Neurauber findet, dass abgestimmt werden soll.

Bgm Öffner erklärt, dass dieser Tagesordnungspunkt wieder auf die Tagesordnung kommen wird.

Antrag + Beschluss:

Antrag auf Aufhebung des Beschlusses des Gemeinderates vom 28.03.2019, Tagesordnungspunkt 8, betreffend die Zweckwidmung der Erschließungsbeiträge aus dem Gewerbegebiet Zirler Wiesen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt

Ja:	6	Nein:	13	Enthaltung:	0
-----	---	-------	----	-------------	---

zu 7 Beratung und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Kontokorrentkredites Vorlage: FIN/148/2020

Bericht:

Bgm Öffner begrüßt die Finanzverwaltung in Person von A. Riml und J. Gritsch. Die Thematik ist, wie die Liquidität für die nächsten Monate sichergestellt werden kann. Das Merkblatt für Gemeinden Monat Mai ist heute allen bekannt. Dort werden explizit Kassenstärker als wichtiges Mittel für die Liquidität genannt. Trotzdem ist zu überlegen wie dies zurückbezahlt werden kann.

A. Riml und J. Gritsch erklären die eingeholten Angebote eines Kontokorrentkredites und die Reihung dieser:

Als Bestbieter wird wie folgt gereiht:

- Tiroler Sparkasse
Fixzinssatz von 0,370% und eine Bearbeitungsgebühr von Euro 300,00
- Bawag PSK
Fixzinssatz von 0,450% und eine Bereitstellungsgebühr von Euro 300,00
- Bawag PSK
Zinssatz gebunden an den 3-mts Euribor + 0,550% Aufschlag, Mindestzinssatz 0,550.

Nach unabhängiger Prüfung der angeführten Angebote wird folgende einvernehmliche Empfehlung an das für den Abschluss zuständige Organ abgegeben:

Aufnahme des Kontokorrentkredites über Euro 300.000,00 für Zwischenfinanzierung des erwarteten Liquiditätsengpasses wegen COVID-19 bei der Tiroler Sparkasse, Fixzinssatz von 0,370% Laufzeit bis 30.06.2021.

Begründung für die getroffene Empfehlung:

Ausgehend von den erwarteten Mindereinnahmen wegen der COVID-19 Pandemie wurden Berechnungen gemacht, wie die erwarteten Liquiditätsengpässe, insbesondere zu den Ratenzahlungsterminen 30.06.2020, 30.09.2020 und 31.12.2020, überbrückt werden können. Ein Teil dieser Berechnung ist die Aufnahme eines Kontokorrentkredites. Dem entsprechend wurden Darlehensangebote für einen Kontokorrentkredit über Euro 300.000,00 eingeholt und hiermit geprüft. Inzwischen wurden die erwarteten Rückgänge bei den Abgabenertragsanteilen

nach oben korrigiert und entsprechende Neuberechnungen durchgeführt. **Laut diesen Neuberechnungen müsste der Kontokorrent in Höhe von Euro 500.000,00 aufgenommen werden.**

Die Tiroler Sparkasse wird mit einem Fixzinssatz von 0,370% erstgereiht. Es wurde kein niedriger Zinssatz angeboten und bei den Bindungen an den 3-mts Euribor liegen wegen dem Mindestzinssatz alle Angebote wesentlich höher. Auch wird im Fixzinssatz der Vorteil gesehen, dass sich der Zinssatz nicht erhöht, sollte der Euribor steigen.

Die Bawag wird mit dem Fixzinssatz von 0,450% zweitgereiht und mit dem Zinssatz gebunden an den 3-mts Euribor und einem Aufschlag von 0,550% drittgereiht.

An Spesen muss beim erst- und zweitgereihten Angebot mit Euro 300,00 gerechnet werden.

Die Aufnahme des Darlehens erfolgt in Euro, mit dieser Aufnahme sind keine derivativen Finanzgeschäfte verbunden.

Diskussion:

2. VBgm Rausch spricht ihren Vorschlag von der Arbeitssitzung an. Ein Kontokorrentkredit alleine wird nicht die Lösung sein. Es soll heute gleich vereinbart werden einen Nachtragshaushalt so bald wie möglich zu beschließen, am besten Mitte Juli. Gut wäre dann den Kontokorrentkredit mit einem Covid-Kredit, wie schon vorgeschlagen, zu tilgen. Damit ist eine Kontrolle durch den Gemeinderat sichergestellt.

Bgm Öfner erklärt, dass es ohnehin eine Berichterstattung an den Gemeinderat auch bei einem Kontokorrentkredit geben wird. Derzeit schaut es so aus, dass ein Kontokorrentkredit in Höhe von 500.000 € gebraucht wird. Dies sollte heute beschlossen werden bzw. die Ermächtigung erteilt werden, Nachtragsangebote einzuholen.

Zum Nachtragshaushalt bestehen unterschiedliche Meinungen. Bgm Öfner hat bereits am 26.03.2020 per Mail alle Gemeinderäte informiert, dass aufgrund der Covid-Krise ab diesem Zeitpunkt alle Bestellungen nur mehr mit Genehmigung des Bürgermeisters erfolgen dürfen. Weiters wurde in dieser Mail darauf hingewiesen, dass auch ein Nachtragshaushalt notwendig sein wird. Nur der Zeitpunkt dafür ist fraglich.

Es sollten möglichst sichere Zahlen vorliegen. Das ist vielleicht auch im August noch nicht der Fall, das wird man sehen. Wenn ein Nachtragshaushalt zu früh beschlossen wird, ist es möglich, dass kurz darauf erneut ein Nachtragshaushalt zu beschließen ist.

Die letzte Arbeitssitzung war sehr emotional, das bringt nicht viel weiter. Sein Vorschlag wäre heute ein Gremium, wie z.B. den Gemeindevorstand, ergänzt mit der Fraktion FPÖ, der Finanzverwaltung, dem Amtsleiter und dem Abteilungsleiter Bauamt und Infrastruktur W. Würtenberger oder einem Stellvertreter heranziehen, um diese Beratungen zu führen. Im Gemeindevorstand sind ansonsten alle Fraktionen vertreten. GR Neurauber könnte entweder von seiner Fraktion dazu entsandt werden oder zusätzlich beratend teilnehmen.

Der Gemeindevorstand könnte mit zusätzlichen Sitzungen zu Budgetthemen und einem Nachtragshaushalt tagen. Das ist der Vorschlag von Bgm Öfner.

2. VBgm Rausch erklärt ein Nachtragshaushalt ist wichtig. Es muss in den Ausschüssen noch geklärt werden welche Projekte umgesetzt werden, das ist dringend. Es ist ok andere Gremien damit zu befassen. Trotzdem wird auf einen Nachtragshaushalt bestanden, wenn ein Kontokorrentkredit vereinbart wird.

GR Stolze glaubt, dass es unbedingt erforderlich ist einen Nachtragshaushalt zu beschließen. Seine Fraktion könnte sich vorstellen dem Kontokorrent zuzustimmen, jedoch unter Auflagen, wie z.B. eine Berichterstattung im vierwöchigen Rhythmus. Es sollte einen fixen Termin für einen Nachtragshaushalt geben.

GR P. Pichler versteht diese Betonung eines Nachtragshaushalts nicht.

GR Stolze will dies nicht auf den Herbst hinausschieben. Es ist eine Entscheidungsgrundlage.

GR P. Pichler sagt, je später man es macht, desto präziser wird dieser werden. Es wird dann immer konkreter.

GR Stolze will sich nicht Monat für Monat vertrösten lassen.

1. VBgm Zangerl-Walser findet, es muss ein Nachtragshaushalt gemacht werden, am besten noch Mitte Juli, auch wenn dieser später wieder geändert werden muss. Ein Kontokorrentkredit wäre nur eine Übergangslösung, dann sollte irgendwann ein Covid-Kredit gemacht werden, weil es dafür bessere Zinsen gibt.

2. VBgm Rausch stellt die Frage an die Finanzverwaltung. Diese kann den Zeitrahmen besser abschätzen.

A. Riml erklärt den § 82 TGO. Solche Darlehen sind nur für Projekte möglich. Das trifft in diesem Fall nicht zu. Es muss sich um Investitionen handeln. Ein Kredit für die Liquidität ist nicht möglich.

2. VBgm Rausch antwortet, dass es laut Bundesregierung auch gelockert werden soll.

A. Riml sagt, dass die derzeitige, in Geltung stehende Rechtslage dies nicht zulässt. Ein Kontokorrentkredit kann für die laufende Gebarung verwendet werden.

2. VBgm Rausch ergänzt, dass ein Kontokorrent normalerweise für Gemeinden auch nicht möglich ist.

Bgm Öfner antwortet, dass dies jetzt aber geht.

2. VBgm Rausch denkt, dass es vielleicht Mitte Juli eine neue gesetzliche Lage gibt, die einen Covid-Kredit für die Liquidität möglich macht.

Zur Aufstellung mit den Mindereinnahmen sagt sie, dass noch die Minderausgaben fehlen. Das wäre auch interessant.

J. Gritsch erklärt, dass laufende Ausgaben kaum reduziert werden können. Bei den Investitionen muss man schauen welche gestoppt werden sollen, oder ob Förderungen in Anspruch genommen werden sollen.

Die Aufstellung liegt vor, es besteht die Gefahr, dass die Liquidität mit Ende Juni nicht mehr gegeben ist. Dramatisch wäre es, wenn Gehälter nicht mehr bezahlt werden könnten. Der Kontokorrentkredit kann hier helfen.

Langfristig ist ein Nachtragshaushalt gut, so kurzfristig glaubt er nicht, dass es sinnvoll ist. Ein Kontokorrentkredit wird nur in dem Ausmaß genutzt, wie es notwendig ist. Sobald das zugesagte Geld vom Land kommt, reduziert sich der Betrag.

Die Unterlagen für einen Nachtragshaushalt bis Ende Juni bereitzustellen ist nicht möglich.

Wenn die Politik schnelle Entscheidungen trifft, wo eingespart werden kann, dann kann die administrative Arbeit vielleicht bis Mitte Juli gemacht werden.

Bgm Öfner ergänzt, dass der Gemeinderat entscheiden muss ob die Zahlen bis Mitte Juli sicher genug sind. Wenn es notwendig ist, können auch Sitzungen im Wochenrhythmus stattfinden.

GR Gspan sagt, dass ein Nachtragshaushalt wichtig ist um zu sehen wo man umgeht. Gut wäre Mitte Juli zu schauen wo wir stehen, damit der Gemeinderat Entscheidungen treffen kann. Vielleicht kann man Mitte Juli mehr sagen oder es ist noch zu ungenau.

GR Gspan wiederholt den Vorschlag eines Kontokorrentkredites, kombiniert mit den Stundungen. Trotzdem bleiben ca. 270.000 € bis Ende Dezember übrig. Am Ende des Jahres muss überlegt werden, wie man die Finanzierung sicherstellt.

Zum Zeitpunkt eines Nachtragshaushaltes bestehen verschiedene Meinungen. Ein Kontokorrentkredit ist sicher notwendig. Das vorgelegte Angebot ist auch nicht schlecht und zeitlich geht sich was Anderes nicht aus.

J. Gritsch gibt noch zu bedenken, dass für einen Nachtragshaushalt die Fristenläufe zu beachten sind.

GR Reinhart erklärt, dass ein Kontokorrentkredit innerhalb eines Jahres getilgt werden muss, wenn er nicht in einen Covid-Kredit umgewandelt wird. Es wird einen Covid-Kredit brauchen.

Auch GR Neurauder spricht dies an, es besteht dann ein Fehlbetrag von 270.000 €, der bis Juli nächstes Jahr zurückbezahlt werden muss. Besser wäre ein langfristiger Kredit. Wie soll das finanziert werden.

Bgm Öffner erklärt, dass alle Möglichkeiten bedacht werden müssen. Die Strategie stützt sich auf die Finanzspritze vom Land und auch auf die Möglichkeit Sonder-GAF-Mittel zu lukrieren. Daher der Vorschlag ein Gremium wie den Gemeindevorstand ergänzt durch weitere Personen einzurichten, damit Ideen beraten werden.

GR Reinhart sieht das Problem solcher Sondermittel vom Land und vom Bund, dass diese immer an Projekte gebunden sind. Es ist immer ein Eigenanteil dabei, das kostet was. Bgm Öffner wiederholt, dass es so einen Covid-Pauschalkredit derzeit noch nicht gibt. Irgendwann wird es einen Nachtragshaushalt geben, vielleicht im August. Es wird mit hoher Wahrscheinlichkeit einen brauchen. Ein möglicher Weg wurde über ein solches Gremium aufgezeigt. Dieses kann kurzfristig zusammentreten und auch Umlaufbeschlüsse fassen. Vielleicht kommt irgendwann eine Regelung, dass man Pauschalkredite aufnehmen darf. Derzeit geht es nicht.

GR Neurauder hat den Eindruck, dass ein Nachtragshaushalt von Bgm Öffner in Frage gestellt wird. GR Neurauder betont, dass ein Nachtragshaushalt wichtig ist. Bgm Öffner stellt ausdrücklich klar, dass ein Nachtragshaushalt nicht in Frage gestellt wird. GR Neurauder findet wie GR Stolze, dass es ein Controlling System geben sollte, damit der Gemeinderat Einblick hat über die aktuellen Entwicklungen bei einem Kontokorrentkredit.

2. VBgm Rausch hätte gerne festgelegt, wann ein Nachtragshaushalt gemacht werden soll. Bgm Öffner denkt, dass es sinnvoller ist, wenn die Zahlen konkret sind.
2. VBgm Rausch spricht die Fristen an, wenn es zwei Wochen ausgehängt werden muss, wäre Mitte Juli möglich.

GR I. Pichler sagt, ein Kontokorrentkredit soll die Liquidität sicherstellen. Diese ist mit Ende Juni möglicherweise nicht mehr gegeben. Die Gehälter der Gemeindemitarbeiter sind auszubahlen, daher bittet sie dem Kontokorrentkredit zu befürworten.

Bgm Öffner hält fest, dass es nur unterschiedliche Auffassungen gibt, wann ein Nachtragshaushalt sinnvoll ist. Er denkt nicht, dass es bis Mitte Juli sinnvoll ist. Es wird dann wahrscheinlich weitere Sitzungen brauchen.

GR Gspan äußert sich, dass ein Nachtragshaushalt, der dann nicht passiert, nicht gewünscht ist. Er denkt auch, dass es mehr Sitzungen brauchen wird. Vielleicht sollte es Ende Juli so eine Sitzung geben.

Die meisten Förderungen sind an Investitionen geknüpft. Er denkt noch, dass die Höhe von 500.000 € zu wenig sein wird. Eine Überprüfung durch den Gemeinderat wie von GR Neurauder vorgeschlagen ist sicherlich sinnvoll. Es macht auch Sinn sowas in einem Gremium zu diskutieren.

1. VBgm Zangerl-Walser findet ebenfalls, dass es monatlich ersichtlich sein sollte, wie das Geld aus einem Kontokorrentkredit verwendet wird.

Bgm Öffner erklärt, dass eine laufende Berichterstattung ohnehin vorgesehen ist. Immer wenn es was zu berichten gibt und mindestens jeden Monat. Sobald das Geld gebraucht wird, gibt es eine Mitteilung darüber.

Ein Gremium sollte beraten wann der Nachtragshaushalt gemacht werden soll, damit bestmögliche Transparenz gegeben ist. Auch die Gemeinderäte können sich jederzeit erkundigen.

GR Stolze befürwortet einen Kontokorrentkredit, jedoch unter Auflagen:

Alle 4 Wochen soll es eine Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Gebarung geben oder eine aktive Berichterstattung.

Er findet es jedoch nicht gut wieder ein Gremium damit zu befassen, wenn sollte der Wirtschaftsausschuss einbezogen werden, diese Zahlen zu überprüfen. Dann braucht es keinen fixen Termin für einen Nachtragshaushalt.

Bgm Öffner erklärt, dass kann auch der Überprüfungsausschuss machen, dieser könnte jeden Monat eine Sitzung abhalten.

Die Informationen sollen nach dem Monatsletzten an den Überprüfungsausschuss gehen, damit sich dieser immer am Anfang des Monats mit den Zahlen befassen kann.

GR Stolze bittet, dass sich nicht nur der kleine Kreis der Überprüfungsausschussmitglieder damit beschäftigt, es sollten auch andere Mitglieder einbezogen werden.

Bgm Öffner erklärt, dass daher sein Vorschlag war dies im erweiterten Gemeindevorstand zu machen. Ein zu großer Kreis ist nicht sinnvoll. Es soll aber die Möglichkeit geben, dass der Überprüfungsausschuss das kontrolliert.

1. VBgm Zangerl-Walser sagt, dass auch ein Vertreter der Fraktion FPÖ dazu eingeladen werden soll.

Bgm Öffner stimmt zu, teilnehmen sollen, wie bereits gesagt, ein Vertreter der Fraktion FPÖ, die Finanzverwaltung, der Amtsleiter und W. Würtenberger bzw. ein Vertreter von ihm.

Es wird über einen Termin für eine Arbeitssitzung diskutiert und der 30.07.2020 wird ins Auge gefasst. 2. VBgm Rausch regt an, dann Mitte August einen Nachtragshaushalt zu beschließen.

GR Gspan findet, es sollte am 30.07.2020 eine reine Arbeitssitzung stattfinden. Bis dahin wird sich noch viel ändern. Das kann am 30.07.2020 besprochen werden.

Antrag + Beschluss:

Der Kontokorrentkredit wird aufgenommen bei der Tiroler Sparkasse, Bankaktiengesellschaft, Kreditbetrag Euro 500.000,00, Zinssatz fix 0,370 %, vierteljährlich dekursiv, Laufzeit bis 30.06.2021, Bearbeitungsgebühr Euro 300,00.

Weiters soll für eine Arbeitssitzung am 30.07.2020 Zahlenmaterial aufbereitet werden um über einen Nachtragshaushalt zu beraten.

Nach jedem Monatsletzten ist dem Überprüfungsausschuss ein Bericht über den aktuellen Stand des Kontokorrentkredits und die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	19	Nein:	0	Enthaltung:	0
-----	----	-------	---	-------------	---

zu 8 Beratung und Beschlussfassung über Stundungsanträge von Darlehen Vorlage: FIN/149/2020

Bericht:

Bgm Öffner berichtet, dass die Liste, die vorgelegt wurde, bekannt ist. Banken wurden angefragt und sind größtenteils mit Stundungen auch einverstanden.

Es stellt sich die Frage ob die Laufzeit verlängert werden soll oder nicht.

Diskussion:

GR Gspan wiederholt den Vorschlag zur Überbrückung des Liquiditätsengpasses. 500.000 € sollen über einen Kontokorrentkredit finanziert werden, trotzdem bleibt ein offener Betrag. Darum braucht es wahrscheinlich zusätzlich Darlehensstundungen. Letztes Mal wurde über die 60.000 € auf der Liste diskutiert, das sind jedoch keine Mehrkosten, wenn die Laufzeit nicht verlängert wird. Es wird nur der Zeitpunkt der Rückzahlung nach hinten geschoben.

2. VBgm Rausch findet es braucht langfristige Maßnahmen und hält es für keinen transparenten Umgang mit Gemeindegeld. Auch wenn es eine empfohlene Maßnahme des Landes Tirol ist. Stundung so durchzuführen ist keine schöne Lösung.

GR P. Pichler fragt was daran nicht transparent ist.

2. VBgm Rausch erklärt die Umschichtung auf alle möglichen Darlehen.

GR Neurauder spricht die Tabelle mit Datum vom 14.05. an. Dort ist bis 30.06. ein Fehlbetrag von ca. 588.000 € an Mindereinnahmen, wenn man die Stundungen und einen Kontokorrentkredit nimmt, dann ergibt sich ein Überschuss von ca. 430.000 €.

A. Riml erklärt, dass es am Ende des Jahres einen Fehlbetrag gibt.

Weiters ergänzt sie, dass man noch nicht sagen kann, wie sich die Abgabenertragsanteile bis zum 30.06. ändern werden. Es wurde versucht 10 % auf das ganze Jahr zu verteilen.

GR Kaufmann betont, dass das Land eindeutig diese Stundungen vorschlägt. Dies ist die eleganteste Möglichkeit, um dies in diesem Jahr zu finanzieren.

GR Gspan erklärt, dass man irgendwas brauchen wird. Daher wird man wohl die Stundungen machen und ob diese auf 9 Jahre aufteilt werden oder ein neuer Kredit auf 9 Jahre aufgenommen wird, ändert dann nicht viel.

GR Reinhart fragt, ob es sich dann mit den Stundungen ausgeht.

GR Gspan antwortet, dass am Ende des Jahres ca. 270.000 € offen sind. Jetzt braucht es aber wahrscheinlich den Kontokorrentkredit und die Stundungen.

Das muss bis zum Ende des Jahres noch irgendwie ausgeglichen werden. Dies kann sich aber noch verändern. Daher sollte man im Sommer eine Sitzung abhalten.

Bgm Öfner sagt, es stellt sich die Frage ob auf die Restlaufzeit aufgeteilt oder die Laufzeit verlängert werden soll.

A. Riml schlägt vor, jetzt nur zu stunden und diese Frage dann später zu entscheiden.

GR P. Pichler erinnert an das 40 Mio. € Investitionspaket, das könnte auch helfen.

GR Reinhart betont, dass es dafür aber zusätzlichen Eigenmittel für die Umsetzung braucht, die nicht vorhanden sind.

A. Riml erklärt, dass es sich dabei um Projekte handelt, die schon budgetiert sind. Da sind jetzt maximal 50 % möglich. Weil das bereits im Budget ist und man nun bis zu 50 % Förderung bekommt, schmälert auch das diese Lücke.

1. VBgm Zangerl-Walser erinnert an die Aussage von Bgm Öfner, dass dieser solche Stundungen alleine machen kann und fragt ob er nun die Zustimmung des Gemeinderates dazu will.

A. Riml antwortet, dass man für Stundungen bis zu einem halben Jahr keine Genehmigung der Aufsichtsbehörde braucht. Diese wird gebraucht, wenn die Laufzeit verändert wird. Je nach Verlauf der Krise kann man im Herbst überlegen ob die Laufzeit verlängert wird.

Bgm Öfner ergänzt, dass es trotzdem wichtig ist, dass dies in Abstimmung mit dem Gemeinderat gemacht wird. Es soll gemeinsam überlegt werden wie das finanziert wird. Dieser Weg sollte gemeinsam gegangen werden.

GR Stolze betont, wenn Stundungen bereits mit März gemacht worden wären, dann wäre die Liquidität gegeben.

Bgm. Öfner erklärt, es wurde nichts zu spät gemacht. Wenn jetzt gestundet wird, dann hat man ein gutes Instrument. Es fehlt noch der BAWAG Anteil. Da ist noch mehr Volumen möglich. Bis zu 800.000 €.

2. VBgm Rausch will am 30.7. nochmals beraten und fragt weiters, ob es Zahlungsengpässe gibt, wenn man bei manchen Projekten die Investitionen nicht macht.

A. Riml antwortet, dass die Projekte schon im Budget sind, diese zusätzlichen GAF-Mittel sind nicht im Budget, das wären daher Zusatzeinnahmen.

Bgm. Öfner stimmt zu, dass es öfter Sitzungen brauchen wird, um dies zu besprechen.

GR I. Pichler erklärt ebenfalls, dass diese Investitionen budgetiert sind.

Die Gemeinde ist ein großer Investor. Das sind notwendige Projekte, die gemacht werden sollen.

2. VBgm Rausch ergänzt, dass Prioritäten gesetzt werden müssen und nicht die ganze Liste umgesetzt werden soll.

Um ein wenig Zeit zu gewinnen, schlägt Bgm. Öfner vor, jetzt die Ermächtigung zu erteilen, die Sonderrücklagen aufzulösen um die Liquidität zu gewährleisten. Bis zum 30.06. sollen die Raten laut der Liste jedenfalls gestundet werden und mit den Banken gesprochen werden.

Bgm. Öfner fragt in die Runde, ob die Sonderrücklagen hergenommen werden sollen.

GR P. Pichler findet es nicht gut Sonderrücklagen aufzulösen. Es ist besser Stundungen zu machen, das ist transparenter.

GR Reinhart erinnert daran, dass für Sonderrücklagen keine Zinsen zu zahlen sind.

GR P. Pichler antwortet, dass die Sonderrücklagen auch wieder aufgefüllt werden müssen, es ist daher nur eine Verschiebung des Problems.

1. VBgm Zangerl-Walser schlägt vor dies in der nächsten Sitzung zu beraten.

Antrag + Beschluss:

**Die Entscheidung über die Kreditstundungen werden verschoben.
Zweckgebunden Rücklagen dürfen zur Überbrückung von Liquiditätsengpässen verwendet werden.**

Abstimmungsergebnis: beschlossen

Ja:	13	Nein:	6	Enthaltung:	0
-----	----	-------	---	-------------	---

zu 9 Anträge, Anfragen und Allfälliges (im öffentlichen Teil)

Bericht:

- GR I. Pichler möchte sich ganz besonders bei Uschi Bader-Monz bedanken. Sie hat derzeit sehr viel zu tun, es ist täglich sehr viel Aufwand die Zahlen an das Land zu melden. Sie leistet sehr gute Arbeit.
Bgm. Öfner ergänzt, dass Frau Bader-Monz bereits ab morgen Unterstützung einer Mitarbeiterin erhält, dies auch auf Anregung von 1. VBgm Zangerl-Walser.

- GR Stippler erkundigt sich, wie bei einem vier Augen Prinzip im Abwasserverband ein Betrag überwiesen wurde und ein Betrugsfall passieren konnte und insbesondere wie es um die Haftung steht.
Bgm Öffner erklärt, dass es sich um ein laufendes Verfahren handelt. Es gibt dazu Beschlüsse des Verbandes in vertraulichen Sitzungen. Daher kann er sich dazu in einer öffentlichen Sitzung nicht äußern.
- GR Schöpf erkundigt sich nach der Liste der Sonder-GAF Projekte, welche bis letzten Freitag ans Land übermittelt werden musste.
Bgm Öffner antwortet, dass die Kompostieranlage nicht darauf zu finden ist, andere Dinge wurden schon eingereicht. Die eingereichte Liste soll an die Gemeinderäte übermittelt werden.
- 1. VBgm Zangerl-Walser fragt ebenfalls nach der Liste.

Bgm Öffner bedankt sich und schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Der Bürgermeister & 2 Mitglieder des Gemeinderates

Bgm. Mag. Thomas Öffner

AL DI Mag. Marco Di Luca
Schriftführer